

Volks-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagssort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 122

Samstag, den 4. Mai 1935

Jahrgang 1935

Der französisch-sowjetrussische Beistandspakt.

Einschaltung des Völkerbundsrats.

DNB Paris, 3. Mai.

Der französisch-sowjetrussische Pakt ist heute veröffentlicht worden. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Völkerbundsausschuss der Sowjetunion und der Präsident der französischen Republik, beiderseits von dem Wunsch, den Frieden in Europa zu befestigen und seine Wohlfahrt ihren Ländern zu garantieren, durch vollständige Gewährleistung der gegenseitigen Anwendung der Bestimmungen der Völkerbundscharte über die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit, der gebietsmäßigen Unantastbarkeit und der politischen Unabhängigkeit der Staaten

entschlossen, ihre Anstrengungen der Vorbereitung und des Abschluß eines europäischen Abkommens mit diesem Ziele zu widmen, und inwieweit, soweit es von ihnen abhängt, zu der wirksamen Anwendung der Bestimmungen der Völkerbundscharte beizutragen,

haben beschließen, zu diesem Zweck folgendes Abkommen abzuschließen:

Artikel 1. Für den Fall, daß Frankreich oder die Sowjetunion Gegenstand einer Drohung oder einer Angriffsgeschichte von Seiten eines europäischen Staates sein soll, verpflichten sich die Sowjetunion bzw. Frankreich gegenseitig, eine sofortige Konsultierung vorzunehmen über die zur Einschaltung der Bestimmungen des Artikels 10 der Völkerbundscharte zu ergreifenden Maßnahmen.

Artikel 2. Im Fall, daß — unter den im Artikel 15 Absatz 7 der Völkerbundscharte vorgesehenen Bedingungen — Frankreich oder Sowjetunion trotz ihrer aufrichtig friedfertigen Absichten Gegenstand eines nicht herausgeforderten Angriffes von Seiten eines europäischen Staates sein sollten, werden die Sowjetunion bzw. Frankreich sich sofort Hilfe und Beistand gewähren.

Artikel 3. Unter Berücksichtigung, daß laut Artikel 16 der Völkerbundscharte jedes Mitglied des Völkerbunds, das im Gegensatz zu den laut Artikel 12, 13 oder 15 der Völkerbundscharte übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet, ipso facto als eine Partei gilt, die eine Kriegshandlung gegen alle anderen Völkerbundsmitglieder vorgenommen hat, verpflichten sich Frankreich, bzw. die Sowjetunion, für den Fall, daß eines von ihnen unter diesen Bedingungen und trotz der aufrichtig friedfertigen Absichten beider Länder Gegenstand eines nicht herausgeforderten Angriffes von Seiten eines europäischen Staates wäre, sich sofort Hilfe und Beistand durch Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundscharte zu gewähren.

Dieselbe Verpflichtung ist für den Fall übernommen, daß Frankreich oder die Sowjetunion Gegenstand eines Angriffes von Seiten eines europäischen Staates unter den in Artikel 17 Absatz 1 und 3 der Völkerbundscharte vorgesehenen Bedingungen wäre.

Artikel 4. Da die oben festgelegten Verpflichtungen mit den Pflichten der hohen vertragsschließenden Parteien als Mitglieder des Völkerbunds übereinstimmen, wird nichts in dem vorliegenden Vertrag als Einschränkung der Mission des Völkerbunds zur Erreichung geeigneter Maßnahmen zwecks wirksamer Sicherung des Weltfriedens oder als Beeinträchtigung der aus den Völkerbundscharten für die hohen vertragsschließenden Parteien sich ergebenden Verpflichtungen ausgelegt werden.

Artikel 5. Der vorliegende Vertrag, dessen französischer und russischer Wortlaut gleichmäßig maßgebend ist, wird ratifiziert, und die Ratifizierungsurkunden werden in Moskau sobald als möglich ausgetauscht. Er wird beim Völkerbundsekretariat eingetragenen werden.

Er wird in Kraft treten, sobald die Ratifizierungsurkunden ausgetauscht sind und fünf Jahre in Kraft bleiben. Wenn er nicht von einer der hohen vertragsschließenden Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens einem Jahr vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt ist, wird er ohne zeitliche Einschränkung in Kraft bleiben, wobei jede der hohen vertragsschließenden Parteien ihn dann durch eine entsprechende Erklärung mit einjähriger Frist aufkündigen kann.

Protokoll zu dem Vertrag.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des gegenseitigen französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes haben die Bevollmächtigten folgendes Protokoll unterzeichnet, das in den Austausch der Ratifizierungsurkunden des Vertrages mit eingebracht wird:

1. Es gilt als verabredet, daß Artikel 3 jeder der vertragsschließenden Parteien verpflichtet, dem anderen sofort Beistand zu gewähren, indem sie sich sofort nach den Empfehlungen des Völkerbundsrates richtet, sobald diese auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundscharte erlassen worden sind.

Es gilt gleichfalls als verabredet, daß die beiden vertragsschließenden Parteien gemeinsam handeln werden, um zu erreichen, daß der Völkerbundsrat seine Empfehlungen mit der größtmöglichen Schnelligkeit erläßt, die die Umstände erfordern werden und daß, wenn der Völkerbundsrat nichtsdestoweniger aus irgendeinem Grunde seinerlei Empfehlungen erläßt, oder kein einstimmiger Beschluß zustande kommt, die Beistandspflicht deshalb nicht weniger zur Anwendung kommt.

Es gilt als verabredet, daß die in dem vorliegenden Vertrag vorgesehenen Beistandsverpflichtungen sich nur auf den Fall beziehen, daß ein Angriff gegen das eigene Gebiet der einen oder der anderen vertragsschließenden Partei erfolgt.

2. Da beide Regierungen gemeinsam die Absicht haben, durch den vorliegenden Vertrag den dritten Staat gegenüber durch Frankreich oder die Sowjetunion auf Grund veröffentlichter Verträge übernommenen Verpflichtungen in keiner Weise zu widersprechen, so gilt als verabredet, daß die Bestimmungen des vorliegenden Vertrages keine Anwendung erfahren können, die unvereinbar wären mit den von einer der vertragsschließenden Parteien übernommenen Verpflichtungen und die Vertragsschließenden Sanctionen internationalen Charakters ausüben würde.

3. Da die beiden Regierungen den Abschluß eines regionalen Abkommens für wünschenswert erachten, das auf die Organisation der Sicherheit zwischen den vertragsschließenden Staaten abzielt und das von anderer Seite Verpflichtungen des gegenseitigen Beistandes zur Folge haben könnte, so räumen sich beide Regierungen die Befugnis ein, mit ihrer gegenseitigen Zustimmung gegebenenfalls an solchen Abkommen mit einer unmittelbaren oder mittelbaren Form, je nachdem, wie es ihr geeignet erscheint, teilzunehmen, wobei die Verpflichtungen dieser vertragsschließenden Abkommen an die Stelle der aus dem vorliegenden Vertrag folgenden Verpflichtungen treten.

4. Beide Staaten stellen fest, daß die Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages geführt haben, anfänglich aufgenommen wurden, um ein Sicherheitsabkommen zu verwirklichen, das die Staaten von Osteuropa, nämlich die Sowjetunion, Deutschland, die Tschechoslowakei, Polen und die der Sowjetunion benachbarten baltischen Staaten

umfaßt und daß neben diesem Abkommen ein Beistandsvertrag zwischen der Sowjetunion, Frankreich und Deutschland abgeschlossen werden sollte, durch den sich jeder dieser drei Staaten verpflichten sollte, demjenigen unter ihnen Beistand zu gewähren, der Gegenstand eines Angriffes von Seiten eines dieser drei Staaten wäre.

Obgleich die Umstände bisher den Abschluß dieser Abkommen, die beide Parteien weiterhin als wünschenswert erachten, noch nicht gestattet haben, sind die in dem französisch-sowjetrussischen Beistandsabkommen enthaltenen Verpflichtungen nichtsdestoweniger so zu verstehen, daß sie nur in den in dem früher geplanten Dreier-Abkommen vorgesehenen Grenzen angewandt werden sollen.

Unabhängig von den aus dem vorliegenden Abkommen folgenden Verpflichtungen wird gleichzeitig daran erinnert, daß gemäß dem am 29. November 1932 unterzeichneten französisch-sowjetrussischen Nichtangriffspakt und ohne Beeinträchtigung der Universalität der Verpflichtungen dieses Paktes im Falle, daß eine der beiden Parteien Gegenstand eines Angriffes von Seiten einer oder mehrerer dritter europäischer in dem oben erwähnten Dreier-Abkommen nicht genannten Mächte wäre, die andere vertragsschließende Partei sich während der Dauer des Konfliktes jeder mittelbaren oder unmittelbaren Hilfe oder Beistandsleistung an den Angreifer oder die Angreifer zu enthalten hat, wobei im übrigen beide Parteien erklären, daß sie durch keinerlei Beistandsabkommen gebunden sind, was im Gegensatz zu dieser Verpflichtung stünde.

Deutsche Schifffahrt wieder „Dolldampf voraus!“

Die Jahre des Stillstandes sind vorbei. — Beginn eines neuen Aufstieges.

Indienststellung des Ostasien-Schnelldampfers „Scharnhorst“.

DNB Bremerhaven, 3. Mai.

Der Mitte Dezember vorigen Jahres in Anwesenheit des Führers vom Stapel gelaufene neue Ostasien-Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd, „Scharnhorst“ wurde heute nach seiner Abnahmefahrt von der Reederei in Dienst gestellt.

Die „Scharnhorst“, die einen Raumgehalt von etwa 18.300 Tonnen hat, ist das erste deutsche Seeschiff mit turboelektrischem Antrieb. Sie kann eine Geschwindigkeit von etwa 20 Seemeilen in der Stunde entwickeln und wird die Strecke Genua-Schanghai in einer Fahrzeit von 23 Tagen zurücklegen; das bedeutet eine erhebliche Beschleunigung des Ost-Asien-Verkehrs.

Heute vormittag erfolgte die feierliche Uebergabe des Schiffes von der herstellenden Werft an den Norddeutschen Lloyd. Vor der auf dem Sportplatz angetretenen Mannschafft übergab der Vorsitzende des Vorstandes des Norddeutschen Lloyd, Dr. Fritze, das Schiff Johann dem Kapitän Stein.

In seiner Ansprache an den Kapitän führte Dr. Fritze aus: „Weil Sie sich immer bewußt, daß von Ihrem Schiff, von seinem Aussehen, von Ihrem Geist und Auftreten draußen im Ausland auf uns in der Heimat geschaut wird. Geben Sie stets der jahrzehntealten Tradition unserer Reedereiflagge, die schon vor dem Kriege auf einer „Scharnhorst“ in der gleichen Fahrt glückliche Jahre hindurch gesehen hat. Dr. Fritze erinnerte weiter daran, daß die „Scharnhorst“ Gewinner und Weere durchfahren werde, auf denen viele Kameraden im Weltkriege für Deutschlands See- und Auslandsgehung geblieben seien. Er gedachte des Mannes, dessen Namen das

Schiff trägt und der nach dem Niederbruch Preußens durch die Schaffung eines Heeres der wahren Volksgemeinschaft die Voraussetzung für die Befreiung Preußens gegeben habe. Dr. Fritze wies dann weiter darauf hin, daß der Name „Scharnhorst“ von dem Flaggenschiff des letzten deutschen Kreuzergeschwaders in Ostasien getragen worden sei, das mit wachsender Flagg und 1200 deutschen Männern dem Feind die treue im Atlantik auf der Walfahrt geblieben sei.

Dr. Fritze schloß seine Ansprache mit Worten des Dankes an den Führer, den Schöpfer des neuen Reiches der Einheit, Ehre und Stärke. Wenn jetzt zum ersten Male die Flagge des Norddeutschen Lloyds am Großmast der „Scharnhorst“ emporsteige, so solle der erste Ruf der Befehl sein: „Wolff Hitler, unserem Führer und Kanzler, ein dreifaches Sieg-Heil!“

Begeistert stimmten die Anwesenden in den Ruf ein. Am Donnerstagabend hatte anlässlich der Indienststellung der „Scharnhorst“ ein Empfang der Presse durch den Norddeutschen Lloyd stattgefunden, bei dem Dr. Fritze in einer Ansprache die Bedeutung der Indienststellung dieses Schnelldampfers gewürdigt hatte.

Dr. Fritze hatte in dieser Ansprache daran erinnert, daß der Norddeutsche Lloyd gemeinsam mit der Reichsregierung in den vier Jahren des vorigen Jahrzehntes einen regelmäßigen Post- und Passagierdienst nach Ostasien einrichtete. Auch nach dem Kriege sei der Lloyd auf dieses große Aufgabengebiet wieder sobald wie möglich herangegangen. Mit dem Neuaufbau des Passagier- und Frachtdienstes nach Ostasien mit den Schiffen „Scharnhorst“, „Gneisenau“ und „Potsdam“ beginne die erste Etappe eines erfreulichen Aufstieges. Abgeschlossen seien damit die Jahre des Stillstandes, die auch für die Schifffahrt mit dem allgemeinen Zusammenbruch 1930 bis 1932 eingekehrt. Diese drei Schiffe, die die traditionsreiche Reedereiflagge noch in diesem Jahre gegen Osten tragen würden, seien ein Zeichen festen Vertrauens in die Zukunft.



Der gestern in Dienst gestellte Schnelldampfer „Scharnhorst“.

Der neue Dampfer wird am 10. Mai zur Jungfernfahrt nach Ostasien auslaufen. Das 18.000 Bruttoregistertonnen große Schiff hat eine Geschwindigkeit von 21 Knoten und ist der schnellste deutsche Ostasien-Dampfer.

Tagesrundschau.

England und die Wiedererzählung Deutschlands.

In beiden Häusern des englischen Parlaments hat es in den letzten Tagen größere außenpolitische Debatten gegeben. Die maßgeblichen Regierungskreise sind dazu im Unterhaus gehalten worden. Sie betrafen ebenso wie die Aussprache so gut wie ausschließlich die Rückkehr Deutschlands zur Wehrhoheit und die Folgen, die sich daraus, daß sich Deutschland durch souveränen Akt selber seine Gleichberechtigung verschafft hat, für England und für die durch das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar angebahnten Verhandlungen ergeben. Während im Oberhaus Männer wie Lord Lothian und Lord Allen of Hartwood Worte fanden, die ein erfreuliches Verständnis für die Lage Deutschlands bekundeten und keine Scheu vor entsprechenden Konsequenzen verrieten, ließen die Redner des Unterhauses zumeist nicht die gleiche fortschrittliche Erkenntnis durchblicken, vielmehr zeigten sie — insbesondere gilt das von Churchill und Chamberlain —, daß sie noch sehr stark unter dem Geist von Versailles stehen. Andererseits darf man sagen, daß die Erklärung MacDonalds und die Schlußrede Sir John Simons, so wenig sie in vielen Sätzen unserer Auffassung entsprechen und von einem Verstehen und einsichtigen Begreifen der deutschen Politik Zeugnis abgeben, die durch die Genfer Entschleierung künftens beeinflusste Verhandlungsmomente nicht mit neuen Spannungen geladen haben. Es ist vielmehr in London eine weitere Erschöpfung der Lage vermindert worden. Die Engländer setzen die Wiedererzählung Deutschlands als ein Vakuum an, das nicht mehr abzuwenden ist, das sie zwar veranlaßt, die eigene Rüstung zu verstärken, aber sie nicht davon abhält, den im Londoner Protokoll aufgestellten Zielen, von denen allerdings der Disput hinsichtlich der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems zur Vermeidung des Weltkrieges und gefährlicher Explosionen weiter ihr größtes Interesse zuwenden. Dementsprechend sagt die „Times“, die sich nach wie vor als das in diesen Fragen verbindlichste englische Blatt zeigt, in ihrem Beitrag zur Unterhausdebatte, der Premierminister habe die aufeinanderfolgenden Aufstufungsmaßnahmen Deutschlands zu Lande, in der Luft und auf der See in würdigen Worten mit Mißbilligung, aber ohne zweifelhafte Vorwürfe erwähnt, um dem natürlichen Verger Englands, besonders wegen der Mittelung über die U-Boote unmittelbar vor dem Beginn geplanter Besprechungen, Ausdruck zu geben. Trotz dieser offensbaren Unhöflichkeit sei die Regierung mit Recht nach wie vor bereit, die deutschen Vertreter zu empfangen und die Erklärung, die der Ministerpräsident über diesen Punkt abgegeben habe, gelte, daß zum mindesten die britische Regierung die Verfallener Dementwelle verloren habe. Vielleicht werde es bald eine bessere Aussicht auf Rüstungsbegrenzung geben, als je zuvor. Sind wir auch der Meinung, daß bei der britischen Regierung die Verfallener Dementwelle noch keineswegs ganz verloren ist, daß vielmehr zur Zeit MacDonalds Wort, man bewege sich vom Verfallener System fort, für die Regierung zu treffen ist, so erscheint uns umso wichtiger die Ansicht der „Times“, daß nach der Herstellung der deutschen Gleichberechtigung eine Rüstungsbegrenzung ausnahmsvoll sein sollte als vordem, wo es der Gegenstand nur darauf ankam, Deutschland weiter in den Fesseln von Versailles zu halten. Von dem gefundenen Sinn dieses englischen Weltblattes zeugt auch noch eine andere Stelle seines Artikels. In der Oberhausansprache am Mittwoch, heißt es da, habe Lord Lothian auf einen Punkt hingewiesen, der nicht immer beachtet worden sei, daß Deutschland nämlich einfach die Stellung erhalten müsse, die eine Nation gebühre, die normalerweise der mächtigste Einzelstaat in Europa sei. Keine Vereinbarung, die Deutschland irgendeine andere Stellung zuerkenne, könne anders als künstlich sein. Das Verfallener System sei ausprobiert worden und habe Europa keinen Frieden gegeben. Die einzige verbleibende Möglichkeit sei, eine vereinbarte Regelung durch Verhandlungen mit Deutschland zu erreichen. Hoffentlich finden diese Worte in England Beachtung. Der Kreis in England, der die Dinge so sieht wie die „Times“, ist leider noch ziemlich klein. Aber es kann kein Zweifel daran sein, daß die völlige Abkehr von Versailles die beste Sicherung für den europäischen Frieden ist und nicht eine Blockbildung gegen Deutschland, sondern nur eine freie Verhandlung der in Betracht kommenden Mächte mit ihm zu dem Ziele zu führen vermag, das den englischen Staatsmännern vorsteht.

Der Russenpakt.

Der französisch-sowjetrussische Beistandspakt, der nach verschiedenen, auf Meinungsverschiedenheiten zurückgehenden Verzögerungen am Donnerstag in Paris unterzeichnet worden ist, bindet Frankreich und die Sowjetunion enger aneinander und verpflichtet sie zu festeren Maßnahmen, als sie sich aus ihrer beiderseitigen Mitgliedschaft im Völkerbunde ergeben würden. Die Russen hatten sich den Pakt

ursprünglich anders vorgestellt. Die Weisandpflicht sollte „automatisch“ im Falle eines nicht provokierten Angriffs eines dritten Staates auf Frankreich oder die Sowjetunion eintreten. Diese „Automatik“ ist in dem Pakt nicht enthalten, vielmehr ist in allen Fällen, in denen die Weisandpflicht aufkommen könnte, die Regelung so getroffen, daß der Völkerbundsrat eingeschaltet ist. Auf diese Weise haben es die Franzosen verhindert, daß die Garantien des Vertrags von Locarno für sie entwertet werden. Im wesentlichen befaßt der Pakt für Frankreich und Sowjetunion, daß sie sich bei einer Drohung oder Angriffsfahr durch einen dritten Staat miteinander beraten wollen, um gemeinsam im Völkerbundsrat vorzugehen, und daß sie sich gegenseitig sofort Beistand und Hilfe leisten wollen, wenn entsprechende Beschüsse des Rats das zulassen. So soll es sein im Falle des Artikels 15 Abs. 7 der Völkerbundscharta, der einen Streitfall zwischen Bundesmitgliedern behandelt und lautet: „Wenn eine der Parteien bestraft, und der Rat anerkennt, daß der Streit sich auf eine Frage bezieht, die nach dem Völkerrecht ausschließlich dem eigenen Ermessen dieser Partei überlassen ist, so hat dies der Rat in einem Bericht festzustellen, jedoch keine Lösung vorzuschlagen.“ Die sofortige Weisandpflicht ist ferner gegeben, wenn nach Artikel 16 ein Bundesmitglied unter Verletzung der durch die Artikel 12, 13 oder 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet, während Artikel 16 bestimmt, daß dann dieses Bundesmitglied ohne weiteres zu angefallen wird, als hätte es eine kriegerische Handlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen, daß dann diese verpflichtet sind, mit ihm alle Handels- und finanziellen Beziehungen abbrechen und ihre Staatsangehörigen zu gleichem zu zwingen und daß in diesem Falle der Rat den verschiedenen beteiligten Staaten vorzuschlagen hat, mit welchen Band-, See- oder Luftstreitkräften die Mitglieder des Bundes für ihren Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen haben, die zur Wahrung der Bundespflichten bestimmt ist. Werden Frankreich oder Sowjetunion angegriffen, so leisten sie also gegenseitig auf Beistand mehr, als sie nach Artikel 16 der Rat verpflichten könnte. Das gleiche gilt für die beiden Mächte, wenn der Angreifer nicht dem Völkerbund angehört, wie es in Artikel 17 seiner Satzung vorgesehen ist. Sie garantieren somit durch ihre Weisandpflicht einander ihre Grenzen unter Einhaltung der Formalitäten der Völkerbundscharta. Bekanntlich ist ein gleicher Pakt auch zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei abgeschlossen. Nicht zu verwechseln sind diese Pakte mit dem früheren Ostpakt, nach dem Deutschland, die Tschechoslowakei, Polen, die Sowjetunion, Lettland, Estland, Litauen und Finnland gegenseitig sich beistehen sollten, wenn einer angegriffen würde. Das hätte gegebenenfalls bedeuten können, daß diese Länder zu Verbündeten der Sowjetunion geworden wären, wenn diese von Japan angegriffen würde. Der jetzige Pakt ist vielweitem nicht so umfassend, auf Europa beschränkt, und Frankreich, das in dem Entwurf des Ostpaktes nur als Garantemacht auftrat, ist jetzt Hauptbeteiligter. Man könnte, da weder Deutschland irgendeine Weisandpflicht, noch Frankreich anzugehen, und auch Polen keine Kriegsgelüste gegen die Sowjetunion hat, geneigt sein, den neuen Pakt als harmlos anzusehen. Aber der Pakt ist der, daß es meist recht schwierig ist, objektiv den Angreifer festzustellen. Wir Deutsche wollen den Frieden und nicht den Krieg. Die von Adolf Hitler geführte Politik ist ausgesprochen friedenspolitisch. Darum hat die Reichsregierung sich zum Wöschl zweifeltiger Nichtangriffserträge bereit erklärt. Diese Bereitschaft besteht auch jetzt noch. Es kommt nur darauf an, daß die andern sich ebenfalls dazu entschließen.

Der Führer empfängt den neuen bulgarischen Gesandten.

DNB Berlin, 3. Mai.
Der Führer und Reichskanzler empfing heute mittag den neuen bulgarischen Gesandten, Herrn Dr. C. R. Koff, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Bei dieser Gelegenheit wechselten der neue Gesandte und der deutsche Reichskanzler Ansprachen, in denen sie der harten Prüfungen und schweren Opfer, die beide Völker in den Jahren seit dem Kriege zu überleben hatten, ebenso aber auch der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien gedenkten. Sie betonten auch den aufrichtigen und festen Friedenswillen beider Regierungen und ihre Hoffnung auf einen geklärten Frieden in der Welt, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu gewährleisten.
Die sich anschließende persönliche Unterhaltung zwischen dem Führer und dem Gesandten verlief in herzlicher Form.

Reichsminister Dr. Frick hat als Präsident der Akademie für deutsches Recht die Leitung des Strafrechtsausschusses dieser Einrichtung selbst übernommen.

Der Staat schützt die Landhelfer.

Zuchthaus für einen unsittlichen Arbeitgeber.

DNB Berlin, 3. Mai.
Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: „Nach neunkündiger, unter Aufsicht der Öffentlichkeit, geführter Verhandlung wurde der Landwirt Paul Grabsch aus Glatow (Kreis Teltow) von der VII. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin wegen fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens, zum Teil in Tateinheit mit fortgesetzter Rauberei, wegen Mordhandlung, Mordversuch, Verleumdung und wegen Zuchthaus und zum Verstoß der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt.“
Der Angeklagte hatte sich im Sommer vorigen Jahres an einer ihm zugewiesenen 17-jährigen Landhelferin unzüchtig vergangen und sie bei ihrer Entlassung ebenfalls noch zu mißhandelt.
Der Vorsitzende wies in der mündlichen Urteilsbegründung darauf hin, daß die Handlungsweise des Angeklagten eine um so strengere Bestrafung verlangt habe, als er das ihm vom nationalsozialistischen Staat entgegengebrachte Vertrauen in schwerster Weise enttäuscht habe. Die Landhelfer habe die Aufgabe, nicht nur der wirtschaftlich bedrängten Landwirtschaft eine Entlastung zu verschaffen, sondern vor allen Dingen im Sinne der nationalsozia-

Starker Eindruck der Göring-Erklärung.

Der Widerhall in England.

London, 3. Mai.
Über die Erklärung, die General Göring am Donnerstag vor der Auslandspresse abgegeben hat, wird in allen Morgenblättern — zum Teil in großer Ausführlichkeit — berichtet.
„The Times“ ist der Ansicht, daß sich MacDonald und General Göring in ihren Ausführungen ziemlich nahe gekommen seien. MacDonald habe Deutschland aufgefordert, sich an einem Pakt zur Begrenzung der europäischen Luftstreitmächte zu beteiligen und Göring habe erklärt, Deutschland sei bereit, sich an einem solchen Abkommen zu beteiligen.
„Daily Mail“ nimmt ebenfalls auf die Erklärung Görings Bezug und spricht die Erwartung aus, daß die britischen Minister weder Mühe noch Geld sparen würden, um die Weisandpflicht der Nation von Grund auf zu organisieren.
„Daily Express“ richtet im Zusammenhang mit der Erklärung Görings einen überhörenden heftigen Angriff auf MacDonald. Das Blatt schreibt u. a. niemand wisse, gegen wen die nationalsozialistischen Flugzeuge gebaut würden. Jede Nation habe den Verdacht, daß sie als Opfer ausgerechnet sei. Und heraus gesagt, gelte dies auch vom englischen Volk. Baldwin habe im November mit seiner Erklärung über die Luftstärke Deutschlands Presse und Publikum Englands irregeführt. Churchill, der seine Angaben damals erfolglos bestritten habe, habe recht behalten. Jetzt wolle man das Versprechen Baldwins einlösen, England eine Luftmacht von der gleichen Stärke wie die seines mächtigsten Nachbarn zu geben. Es frage sich nur, wann. Deutschland baue unaufrichtig. MacDonald werde eines Morgens beim Erwachen eine deutsche U-Bootflotte vorfinden. Die britische Öffentlichkeit werde aber den Mann zur Rechenschaft ziehen, der für die jetzige Schwäche des Landes hauptsächlich verantwortlich sei, nämlich den Ministerpräsidenten MacDonald. Er habe es zugelassen, daß die Nationalsozialisten eine Luftstreitmacht bauten, ein Heer aufstellten und die Riele für eine Kriegsflotte auf Stapel legten.
Den Schluß des Artikels bildet die unvermeidliche Forderung: Keine Bindungen in Europa und enge Zu-

Die litauische Antwort.

Die Note auf den Schritt der Signatarmächte überreicht.

)(Romno, 3. Mai.
Die litauische Telegraphenagentur teilt mit, daß der litauische Außenminister am 2. Mai d. J. den Rumöner Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens die Antwort der litauischen Regierung auf die am 19. April 1935 erfolgten Vorstellungen der Signatarmächte der Memellkonvention überreicht habe. Aus dem Inhalt der litauischen Antwort ist noch nichts Näheres bekannt. Es heißt jedoch, daß die litauische Regierung alle Einwände der Signatarmächte als nicht im Einklang mit der tatsächlichen Lage in Memelgebiet stehend zurückwies.
Die litauische Telegraphenagentur meldet, daß der litauische Präsident der Memelländischen Landtages, Hilpert, den an ihn gerichteten Vorschlag des Präsidenten des Direktoriums, Ruvelaitis, auf Beteiligung an der Umbildung des Direktoriums abgelehnt habe.

Blutiger Bürgerkrieg auf den Philippinen von Moskau Agenten entfesselt.

Die Kommunisten im Bormark auf die Hauptstadt Manila.

Der niedrige Zuckerpreis die Ursache des Aufstandes.

Manila, 3. Mai.
Auf den Philippinen-Anseln tobt seit gestern ein Bürgerkrieg, den die kommunistische Salsal-Partei entfesselt hat. Die Hauptstadt der Insel Luzon, Manila, ist vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Sämtliche Telefon- und Telegrafverbindungen sind zerstört. Der Generalpräsident der Philippinen befindet sich in dauernder Radioverbindung mit dem Brigadegeneral Fog, dem die Verwaltung der Insel untersteht und der sich augenblicklich in Washington aufhält. Er wird dem amerikanischen Kriegsministerium einen eingehenden Bericht erstatten. An einigen Stellen haben sich bereits Zusammenstöße

zwischen Aufständischen und amerikanischen Polizeitruppen ereignet.
Der Aufstand brach auf der Hauptinsel der Philippinen, Luzon, aus, wo eine Armee von etwa 5000 Mann bewaffneten Salsals sich der Stadt Santa Rosa bemächtigte. Ein Polizeioffizier und drei Polizisten wurden im Kampf ebenso wie fünf Rebellen erschossen. Die Rebellen besetzten die öffentlichen Gebäude der Stadt. Erst als Verstärkung der Polizei eintraf, gelang es, die Stadt zu entsetzen. Mehrere Kinder und eine Frau erlitten bei den Kämpfen ebenfalls den Tod.
Auch die Radiostation von San Jose in der Provinz Bulacan ist nicht mehr in Betrieb. Man schließt daraus, daß auch diese Stadt sich in den Händen der Aufständischen befindet. Die schwersten Kämpfe spielten sich in Binang in der Provinz Laguna ab, wo amerikanische Polizeitruppen von den gut bewaffneten Aufständischen angegriffen wurden.
Einzelheiten über diese Kämpfe liegen nicht vor, da der Nachrichten dienst nur durch Patrouillen aufrechterhalten wird. Jedoch soll die Lage der Amerikaner ernst sein, da die Aufständischen zahlenmäßig bedeutend überlegen sind.
In der Hauptstadt Manila bereitet man sich auf die Verteilung der Stadt vor. Die Behörden erhielten von ihren Rundfunkern Nachricht, daß die Aufständischen einen „Marsch auf Manila“ planen. In der Stadt selbst wurden über hundert Verhandlungen von Angehörigen der kommunistischen Salsal-Partei vorgenommen. Die Behörden versichern, daß sie die Situation vollkommen beherrschen.
Führende Kreise der Philippinos, der eingeborenen Bevölkerung der Insel, wollen von dieser Entwicklung nicht übersehen sein. Sie nennen als Hauptursache des Aufstandes den niedrigen Zuckerpreis. Zudem ist der Hauptausfuhrartikel der Philippinen, von dem der größte Teil der Bevölkerung lebt. Diese Unzufriedenheit wurde geschürt von den Salsals geführt, die alle Schuld auf die Abhängigkeit von Amerika zurückschieben und die sofortige Unabhängigkeit der Insel fordern.
Ausdehnung der Unruhen.
In einem Gefecht 65 Tote und viele Verwundete.
DNB New York, 3. Mai.
Nach einer ergänzenden Meldung aus Manila sind außer in der Provinz Laguna auch in den Provinzen Cavite und Bulacan sowie anderen Bezirken Unruhen ausgebrochen. Die Gendarmerie teilt mit, daß in einem neuen Gefecht mit Angehörigen der Salsal-Partei in Cavite in der Laguna-Provinz 65 Per-

Schweres Erdbeben in der Türkei.

15 Dörfer zerstört. — 200 Tote.

DNB Ankara, 3. Mai.
In der türkischen Provinz Kars in der Nähe der sowjetrussischen Grenze ereignete sich Donnerstag nachmittag ein schweres Erdbeben, dessen Mittelpunkt die kleine Stadt Gijor war. Ungefähr 15 Dörfer wurden zum Teil vollständig zerstört. Bis jetzt wurden über 200 Tote festgestellt, doch wird befürchtet, daß diese Zahl sich noch bedeutend erhöhen wird. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt über 500. Die Hilfsmannschaften werden durch die zum großen Teil zerstörten Straßen außerordentlich erschwert. Die Erdstöße dauern in unverminderter Heftigkeit weiter an.

ionen getötet und eine große Anzahl verwundet worden sind. Die Salsals verbarrikadierten sich nach dem Einbruch der Nacht und leisteten heftigen Widerstand. Ein Bericht des Gendarmeriehauptmanns an den Gouverneur schildert die Lage als sehr ernst. Die Behörden wurden von dem Aufstand völlig überrascht. Sie teilen mit, daß die Salsals die Ermordung des Senatspräsidenten Quezon planten.

Die Aufständischen zurückgedrängt.

DNB Manila, 3. Mai.
Der auf den Philippinen ausgebrochene Aufstand scheint, den neuesten Nachrichten zufolge, in Manila zu brechen zu sein. Die Kommunisten, die Salsals, hatten zu Terrorakten gegen die Regierung aufgerufen mit der Parole, gegen die am 11. Mai stattfindende Volksabstimmung über die neue Verfassung der Philippinen den Protest auszusprechen. Im Verlauf der Terroraktionen wurden die Telefon- und Telegrafeneinrichtungen, die Manila mit dem Hinterland verbinden, durchschnitten. An mehreren Stellen kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Salsals. Eine neue Meldung besagt, daß es der Polizei und dem eingeleiteten Militär gelungen sei, die Aufständischen zurückzudrängen. Das Zentrum der Aufstandsbewegung, der Ort Calamba, ist allerdings noch in den Händen der Aufständischen. Dorthin ist auch die Hauptmacht der Aufständischen Salsals geflohen. Die bisherigen Gesamtverluste werden auf 70 Tote und 100 Verwundete beziffert.

Japan nicht beteiligt.

DNB Manila, 3. Mai.
Der japanische Generalkonsul stellte in einer Erklärung in Manila, daß die aufständischen Salsals irgendeine Unterstützung von Seiten Japans erhielten. Obwohl der Senatspräsident Quezon die Bedeutung der Aufstandsbewegung einstuft, müssen die Behörden doch zugeben, daß sie von der Möglichkeit und der Ausdehnung des Aufstands überrascht worden seien.

Katholische Kirchenblätter beschlagnahmt.

DNB Berlin, 3. Mai.
Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit: Verschiedene katholische Kirchenblätter, die das Datum vom kommenden Sonntag, den 5. Mai, tragen, darunter auch das „Kirchenblatt für das Bistum Berlin“, wurden beschlagnahmt, weil sie einen Hirtenbrief der preussischen Bischöfe zum Erziehungssonntag veröffentlichen, der in einzelnen Bemerkungen eine untragbare Kritik an der Einrichtung des Landjahres enthält.

Entlassung der politischen Schutzhäftlinge im Saargebiet.

DNB Saarbrücken, 3. Mai.
Der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes hat anlässlich des nationalen Feiertages des deutschen Volkes in der bestimmten Erwartung, daß alsbald die letzten politischen Gegner zur Entlassung kommen, die Entlassung sämtlicher aus politischen Gründen in Schutzhaft befindlichen Personen verfügt.

Rücktritt des spanischen Kabinetts.

DNB Madrid, 3. Mai.
Das Kabinett Lerroux ist am Freitagabend zurückgetreten, nachdem sich Ministerpräsident Lerroux nochmals mit den Ministern beraten hatte. Der Staatspräsident hat das Rücktrittsgesuch angenommen und Lerroux für seine Arbeit gedankt. Man hofft, die Kabinettskrisis noch am Sonnabend lösen zu können.

Deutsches Reiseflugzeug vermisst.

DNB Berlin, 3. Mai.
Ein Reiseflugzeug des Musters Junkers W 34, das mit einigen Fluggästen, darunter einer Frau und einem Kinde, am 30. April von Böhlingen bei Stuttgart nach Breslau abgeflogen war, ist bisher nicht gefunden. Trotz aller Nachforschungen ist es bisher nicht gelungen, etwas über den Verbleib des Flugzeuges und seiner Insassen zu erfahren. Nachdem alle Ermittlungen auf deutschem Boden ergebnislos waren, ist Verbindung mit tschechoslowakischen und polnischen Behörden aufgenommen worden. Bis zum Augenblick haben jedoch auch die dantenswerterweise von den zuständigen Behörden dieser Länder angestellten Nachforschungen zu keinem Ergebnis geführt.
Hinweise, die für die Suche nach dem vermissten Flugzeug von Bedeutung sind, werden an die Pressestelle des Reichsluftfahrtministeriums erbeten.

Beim Grenzübergang verhaftet.

DNB Berlin, 3. Mai.
Vor einigen Tagen ist an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze beim Bahnhof Eisenstein ein deutscher Emigrant, der in der Tschechoslowakei im Dienste der deutsch-tschechoslowakischen Propaganda tätig war, in dem Augenblick verhaftet worden, als er einen deutschen Vertrauensmann erwartete. Gegenüber den in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten, die Verhaftung wäre auf tschechoslowakischen Boden erfolgt, ist festzustellen, daß die inzwischen angestellten Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß der Emigrant auf deutschem Gebiet festgenommen worden ist.

Aus Kairo wird gemeldet, daß durch königliche Verordnung in Ägypten die Goldminen in solchen Bezirken, die Verpflichtungen internationalen Charakters in sich schließen, aufgehoben worden sind.

Beilage

Sim

Engl

D

der Unt

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion wird die Frage der Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen. Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Der konventioneller habe bei einem gewonnen, daß Deutschland die Handlung, die als tragend in der Geschichte der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen, die Unabhängigkeit der Sowjetunion im Vordergrund stehen.

Antara, 3. Mai.
a der Nähe der Jom-
nnerstag nachmittags
n Mittelpunkt die
5 Dörfer wu-
rückt. Bis jetzt
d, doch wird befrucht-
erhöhen wird. Die
agt über 500. Der
um großen Teil zer-
schwert. Die Erd-
geht weiter an.

ke Anzahl ver-
stas verarbeiteter
ht und leisteten hef-
Gendarmehaupt-
rt die Lage als
von dem Zustand
mit, daß die Salva-
präsidenten Quezon

ückgedrängt.

Manila, 3. Mai.
bedrohte Zustand
ge, im Abflauen
die Sadalistas,
am 11. Mai statt-
te die neue
tlichen Protest ab-
tionen wurden die
le Manila mit dem
en. An mehreren
nflüssen zwischen
de Weibung befragt
gehehen Militär ge-
zurückzubran-
Bewegung, der Ort
den Händen der
Hauptmacht der ge-
bisherigen Gesamt-
100 Verwundete be-

teiligt.

Manila, 3. Mai.
stelle in einer Er-
dlichen Sadalistas
n Japans erlitten.
gon die Bedeutung
n sucht, müßten die
der Möglichkeit und
raßt worden sein.

enblätter

mt.
Berlin, 3. Mai.
t mit: Verschiedene
ntum vom kommen-
darunter auch „das
“, mußten befrucht-
rentenbleib der
ziehungspläne
n Wendungen eine
nrichtung des

hen Schutz-

gebiet.
Berlin, 3. Mai.
überlegung des Saar-
feiertages des deut-
achtung, daß alsdann
sicht kommen, die
s politischen
ndlichen Per-

Kabinetts.

Madrid, 3. Mai.
am Freitagabend
nisterpräsident Ler-
eraten hatte. Der
schuß angenommen.
Man hofft, die
sen zu können.

g vermisst.

Berlin, 3. Mai.
ers Junters W 34,
er einer Frau und
ngen bei Stuttgart
her verschun-
es bisher nicht
berleib des
sen zu erfaß-
tischschloßwaffen
worden. Bis zum
enswerterweise von
ander angefallen
effizient.
n vermischen Flug-
die Pressestelle des

verhaftet.

Berlin, 3. Mai.
deutscheschloßwaffen
ein in die Hand
n da tätig war,
en, als er einen
Gegenüber den in
Nachrichten, die
den Boden erloßt,
stellen Ermittlung
der Emigrant auf
ist.

Simon über die Verhandlungen mit dem Führer.

Englands Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag und der Rußenspat.

Der Abschluß der Unterhausausprache.

London, 3. Mai.

Im weiteren Verlauf der gestrigen außenpolitischen Aussprache im Unterhaus bezeugte der liberale Abgeordnete Mander den praktischen Wert der geplanten Konferenz von Rom, denn diese Konferenz, die über Mittel und Wege zur Garantierung der Unabhängigkeit Österreichs sprechen sollte, werde unter der Schutzherrschaft eines Staates stattfinden, der alles tue, um die Unabhängigkeit Österreichs zu sichern.

Der konservative Sir Arnold Wilson erklärte, er habe bei einem Besuch in Deutschland den Eindruck gewonnen, daß es sehr wohl möglich sei, mit Deutschland auf einer Grundlage zu verhandeln, die weit dauerhafter sein würde, als irgend eine der zahllosen Genfer Paktte. Er glaube an die Aufrichtigkeit Hitlers und seine leidenschaftliche Verurteilung der Angriffe aus der Luft. Sowjetrußland müsse an den Verhandlungen zwischen England und Europa, soweit es sich um die Luftfahrtfragen handele, teilnehmen.

Außenminister Sir John Simon schloß dann die Aussprache. Die Antwort auf die Frage Lanskings, ob die Regionalpakte als ein Ersatz oder als Alternative für den Völkerbundspakt betrachtet werden müßte, so erklärte der Außenminister, laute verneinend. Es bestünde kein vernünftiger Grund für Aufstellung des Völkerbundspaktes auf der einen und regionalen Pakte auf der anderen Seite, als ob sie einander widersprechende Methoden gegenseitiger Unterstützung seien. Der Locarno-pakt sei ein Regionalpakt, sei vom Völkerbund genehmigt und als Muster für ähnliche Abmachungen geeignet worden.

Der Völkerbundsrat, fuhr Simon fort, habe erst kürzlich im Hinblick auf die von der deutschen Regierung angekündigten Beschlüsse eine Sondertagung abgehalten. Deutschland sei eines derjenigen Länder gewesen, das die im Londoner Protokoll unterzeichneten Bemühungen gebilligt habe; diejenigen Länder, die die Initiative ergriffen hätten, seien aufgeführt worden, die Verhandlungen fortzusetzen und im Rahmen des Völkerbundes jene regionalen Abmachungen herbeizuführen, gleichgültig, ob sie sich auf den Osten Europas oder den Süden bezögen. Niemand könne vorgeben, daß die Bemühungen um ein regionales Abkommen auf der Grundlage einer größeren gegenseitigen Unterstützung in einem großen Teil der Welt den Grundgedanken des Völkerbundspaktes widerspreche.

Simon wandte sich dann der anderen Frage Lanskings zu, ob die englische Regierung gewillt sei, sich für die Aufhebung der Kriegsführung in der Luft einzusetzen, falls auch die anderen Regierungen dies tun würden. Der Minister verwies den Fragesteller auf den bekannten Abrüstungsplan MacDonalds, der u. a. die Fortsetzung einer völligen Abschaffung der Militärflugschiffe enthalte. Als einzige Bedingung sei damals eine wirksame Überwachung der Verletzungsfahrt verlangt worden. England werde auch heute noch zu diesem Vorschlag. Die Frage von Luftstreitkräften für politische Zwecke in gewissen abgelegenen Gebieten sei niemals ein Hindernis für einen Fortschritt in dieser Angelegenheit gewesen.

Was die von Sir Herbert Samuel erwähnte englische Verantwortung unter dem Locarno-Vertrag nach dem französisch-sowjetrussischen Abkommen angehe, das Donnerstagsabend unterzeichnet worden sei, so laute die Antwort sehr entschieden:

Sollten Sowjetrußland und Deutschland in einen Konflikt geraten und Frankreich in Deutschland einmarschieren, um Sowjetrußland Hilfe zu leisten, so würde dies England nicht automatisch in den Streit verwickeln. Größte Deutschland Sowjetrußland an und Frankreich sei in Erfüllung des französisch-sowjetrussischen Vertrages den Russen zu Hilfe, indem es Deutschland angreife, dann lege der Locarno-Vertrag England unter diesen Umständen keine Verpflichtung auf, Deutschland Hilfe zu leisten.

Dies sei die allgemeine Auffassung und, er Simon, nehme an, daß Sir Austen Chamberlain dies bestätigen werde. Um dieser Auffassung, daß Deutschland in einem solchen Fall England nicht unter Berufung auf den Locarno-Vertrag anrufen kann, Gültigkeit zu verleihen, müsse natürlich die Hilfeleistung Frankreichs für Sowjetrußland gewisse Bestimmungen für des Völkerbundspaktes entsprechen, auf die im Locarno-Vertrag selbst Bezug genommen sei. Die Bestimmungen des französisch-sowjetrussischen Paktes seien, wie verifiziert werde, derart, daß sie sämtlich den Funktionen des Locarno-Vertrages untergeordnet seien. Daraus folge, daß die britischen Verpflichtungen heute unter dem Locarno-Vertrag ebenso wenig vermehrt werden seien, wie damals, als Frankreich gleichzeitig mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung abgeschlossen habe.

Sir John Simon befaßte sich dann mit der Frage der Luftstreitkräfte und erklärte, es sei tatsächlich so, daß der Umfang des deutschen Flugzeugparks erheblich schneller zugenommen habe, als die englischen Berater im vergangenen Herbst für wahrscheinlich gehalten haben. Alle diese Fragen würden in der bevorstehenden wehrtechnischen Aussprache behandelt werden. Er müsse bei dieser Gelegenheit noch einmal die Erklärung in die Erinnerung rufen, daß die Reichsregierung ihm und dem Völkerbund gegenüber abzugeben habe, daß Deutschland Luftparität mit England habe. Diese Erklärung sei durchaus nicht vor technischen Sachverständigen oder im Verlauf einer ausgebreiteten technischen Erörterung gemacht worden; es sei keine Pflicht, dem Unterhaus mitzuteilen, daß inzwischen größere Klarheit über die Bedeutung dieser Erklärung herbeigeführt worden sei. Sie bedeute,

daß die Stärke der deutschen Frontlinienflugschwärme einer britischen Frontlinienflugschwärme von 800 oder 850 Flugschwärmen entsprechen.

Diese Ziffer schließe nicht die Hilfsflugschwärme und besondere Reserveeinheiten, wohl aber die britischen Ueberflieger ein.

Ich nehme an, es ist ja, zu sagen, daß der deutsche Kanzler erklärte, er wolle die Mitteilung über die endgültigen Bedürfnisse Deutschlands zu machen. Es hinterließ bei uns starken Eindruck, daß der Kanzler erklärte, es würde nach seiner Meinung falsch sein, gewisse Forderungen jetzt vorzubringen, um sie später zu erhöhen, ebenso wie es falsch sein würde, jetzt zu schweigen, um später ein völlig neues Thema aufzuwerfen. Das kam in der sehr eingehenden Aussprache über die Frage einer Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck.

Ich gewann den Eindruck, daß es nach Meinung des Kanzlers für Deutschland ganz unmöglich sein würde, nach Genf zurückzukehren und da etwa neue Forderungen vorzubringen, die bis dahin der Welt verborgen geblieben waren.

In einigen Fällen, bei denen er Ziffern über die künftige deutsche Flotte erwähnte, von denen ich am 9. April Mitteilung machte, wies der Reichskanzler darauf hin, daß ihre praktische Verwirklichung nicht sofort stattfinden könne, sondern erst nach einer gewissen Zeit.

Alles das legte der Kanzler mit dem Hinweis darauf dar, daß er die Haltung Deutschlands freimütig, vollständig und endgültig schildere. Der Kanzler versicherte, daß es sich hier nicht um Bruchstücke einer Erklärung handele. Wir drängten sehr stark auf die Rückkehr Deutschlands nach Genf. Ich muß bekennen, daß mich seine Haltung sehr enttäuschte. Seinen ersten Einwand konnten wir voll verstehen. Er lautete, daß der Völkerbund mit einem durch den Versailleser Vertrag errichteten System verbunden sei und daß die Völkerbundsorganisation einen Teil des Vertrages darstelle. Die einzige Antwort hierauf lautete, daß, wenn dies das wirkliche Hindernis sei, wir zusammenarbeiten müßten, um sie zu trennen und die Völkerbundsorganisation zu einem völlig unabhängigen Dokument zu machen, obwohl sie ursprünglich ein Bestandteil des Vertrages war.

Hitlers Hauptargument, fuhr Simon fort, war, daß Deutschland in mancher Hinsicht ein Land minderen Rechtes sei. Ich brauche dem Hause nicht mitzuteilen, daß die Vertreter der britischen Regierung ihr äußerstes taten, um dieser Auffassung entgegenzutreten. Wir wiesen darauf hin, daß dem Locarno-Vertrag die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund als Mitglied des Rates folgte. Hitler bestand sehr stark auf dem Einwand, wie ich bereits sagte, daß die Völkerbundsorganisation mit dem Versailleser Vertrag zusammenhängt.

Japan, so wurde erklärt, habe den Völkerbund verlassen und nie nichts bestimmter die Verwaltung einer früheren deutschen Kolonie aus. Falls Deutschland als nicht geeignet für die Verwaltung irgend einer Kolonie angesehen werde, wo bleibe da die Gleichberechtigung?

Wir entgegneten, daß die Zuteilung von Mandaten keine Frage sei, die die einzelnen Mitglieder des Völkerbundes, sondern den Völkerbund selbst angehe.

An dieser Stelle der Simon-Rede gab Sir Austen Chamberlain eine kurze Zwischenklärung ab, in der er sagte, daß ein völlig falscher Eindruck entstehen würde, wenn man die Äußerung Simons in dieser Form hinhörte.

Gauleiter Reichsstatthalter Dr. Meyer sprach in Holland.

Feierstunde deutscher Arbeiter in Limburg.

Gauleiter Dr. Meyer sprach am 1. Mai in dem Zentrum des niederländischen Kohlenbergbaues der Stadt Beertlen, in der niederländischen Provinz Limburg. Am Vortage hatte er eine Großkundgebung statt, zu der die Auslandsdeutschen von weiter gekommen waren. Die Teilnehmer an der Feier des Tages der nationalen Arbeit waren größtenteils reichsdeutsche Bergleute, die in den Kohlenruben Hollands arbeiteten. Diesen Bergarbeitern überbrachte der Gauleiter zunächst die Grüße der Brüder aus Seiden und Gruben der größten deutschen Kohlenbännt Gellertsch, an denen der Gauleiter mittags auf einer großen Seidenanlage gesprochen hatte.

In seiner Rede führte der Gauleiter dann die deutschen Brüder und Schwestern in Gedanken nach dem früheren Deutschland mit seinen blutigen und harten Kämpfen und stellte demgegenüber das heutige Deutschland Adolf Hitlers, das der ganzen Welt an seinem nationalen Feiertage den ungeheuren Beweis seiner Treue zum Führer und seiner Verbundenheit über Länder, Rassen, Parteien und Konfessionen hinweg in Millionen aus dem deutschen Volke nicht nur freiwillig, sondern aus innerer Begeisterung sich beteiligen. Diese Mitarbeiter des deutschen Volkes seien mit der Parole: Ehre der deutschen Arbeit und achtet den deutschen Arbeiter, gleichgültig ein gewaltiges Bekenntnis zum Feiertag, für den kein Staat der Welt

Der Prozeß um die „Protokolle der Weisen von Zion“.

DNB, Berlin, 3. Mai.

Im Prozeß um die Protokolle der Weisen von Zion ging am Mittwoch, wie das Deutsche Nachrichtenbüro meldet, Sachverständiger Fleishauer zur Frage nach der Person des Verfassers der Protokolle über, den er in Uebereinstimmung mit Rosenberg als zur Zeit noch nicht als authentisch feststellbar ansieht. Nach jüdischer Auffassung war er ein Arier, nämlich ein Russe, der den Zaren Nikolaus II. gegen die Juden einnehmen wollte. Nach nichtjüdischer Ansicht war er ein jüdischer Patriot, der von der Weltmission der Juden erfüllt war. Fleishauer stützt die Gründe, mit denen die jüdische Auffassung fundiert wird und die auch von den Zeugen in der vorjährigen Prozeß-Verhandlung angegeben wurden. Er weist darauf hin, daß die Protokolle zwei Abschnitte enthalten, einen niederreichenden und einen aufbauenden, der wertvolle Gedanken hat. Fleishauer verliest solche Stellen, die nicht als Schund und Schmutz angesehen werden könnten. Man könne nicht annehmen, daß ein Fälscher solche hohen Gedanken, die dem Verfasser alle Ehre machen, in seine Fälschung aufgenommen hätte, sondern er hätte sich zweifellos mit dem zersetzenden Teil begnügt. Dieser Hinweis allein müsse den Vorwurf der Fälschung entkräften. Speziell gegen eine Fälschung durch einen Angehörigen der russischen Geheimpolizei spricht die Tatsache, daß der Verfasser seine eigene Behörde nicht schont, was ein Beamter zweifellos nicht getan haben würde. Auch hätte ein Russe, der doch für Russen fälschte, auf russische Verhältnisse Bezug genommen und nicht auf ausländische. Wie soll es z. B. auf einen Russen Eindruck machen, wenn er von einer Untergrundbahn spricht, die damals in Rußland völlig unbekannt war. Von arischer Seite wird als Verfasser der Protokolle Achad Haam (Abraham Ginzberg) oder Herzl vermutet. Mit höchster Wahrscheinlichkeit sei Achad Haam als Verfasser der Protokolle anzunehmen. Des weiteren weist der Sachverständige durch Zitate aus den Werken Herzls nach, daß die Gedanken dieses jüdischen Führers denen der Protokolle weitgehend entsprechen.

Am Donnerstag bot Fleishauer manchen sehr interessanten Einblick in das von Herzl dargestellte sehtende Programm der jüdischen Welt Herrschaftsbestrebungen, zu dem nach der von dem Sachverständigen vertretenen Ansicht die Protokolle die Ausführungsbestimmungen bilden. Er beleuchtete insbesondere die Voraussetzungen

Die Mandate seien von den Mächten in Versailles verteilt worden, und die unter Mandatsverwaltung stehenden Gebiete seien unter die Obhut des Völkerbundes gestellt worden. Aber es sei niemals beabsichtigt gewesen, dem Völkerbund Vollmachten für die Uebertragung eines Mandates von einer Macht auf die andere zu geben.

Simon widersprach der Ansicht Chamberlains, daß seine Äußerungen geeignet seien, einen falschen Eindruck zu gewinnen.

Oben und er hätten klar zum Ausdruck gebracht, daß die Uebertragung von Mandaten eine nicht zur Erörterung stehende Frage sei.

Somit es sich um England handele, sei der deutsche Kanzler über die englische Haltung in dieser Angelegenheit nicht um unklare gelassen worden. Nach seiner Ansicht sei diese Frage kein Grund, warum Deutschland glaube, sich in einem Zustande der Inferiorität setzen zu müssen.

Es ist, erklärte Simon weiter, keineswegs so, daß Rußland an sich eine endgültige Lösung bieten, aber sie sind eine Vorbedingung für den Kurs, den wir jetzt zu verfolgen bitten. Wir laden dies Deutschland in aller Freundschaft. Deutschland vertritt sich selbst zur Gleichberechtigung durch einseitige Maßnahmen. Sowohl. Aber Deutschland war eine von den Mächten, die die Fünf-

Das unschädliche Naturprodukt

NEDA-Früchtewürfel

zur Verhütung der Darmträgheit
wirkt mild und zuverlässig.

Erlaubt in Apotheken, Drogerien u. Reformhäusern

mächtigere Erklärung über die Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit unterzeichneten. Was ist Deutschland jetzt zu tun gewillt, um bis zu einem gewissen Grade jenes Gefühl der Sicherheit wieder herzustellen, das durch die kürzlichen Ereignisse so ernstlich berührt, wenn nicht erschüttert worden ist? England hat die Tür offen gelassen und versucht, die Hindernisse zu beseitigen. Wir wollen uns nicht an einem sinnlosen, endlosen und hoffnungslosen Rüstungswettlauf bis in alle Ewigkeit beteiligen, sondern wir sind verpflichtet, im Interesse der Sicherheit und des Friedens in Europa und der Welt die Sicherheit dieses Landes gegen alle herbeizuführen. Niemand kann uns in der Welt verdrängen, in der wir eine große Aufgabe als Mittler haben und in der wir Deutschland beschwören, zu zeigen, seine Rolle nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu spielen. (Beifall)

und kein Staatsmann der Erde hat leidenschaftlicher eingeleitet als Adolf Hitler und das nationalsozialistische Deutschland. Zum Schluß seiner Rede grüßte dann der Gauleiter das Königreich der Niederlande, das das Gastland der vielen anwesenden Auslandsdeutschen, das ihnen Arbeit und Brot gebe. Er legte den Auslandsdeutschen ans Herz, sich nicht in die Politik ihres Gastlandes einzumischen und auch die Gesetze des holländischen Staates peinlich zu achten, aber auch nie ihr Volkstum zu vergessen und nie in ihrer Liebe und Treue zum Führer und zu Deutschland nachzulassen.

Weiter hatte die holländische Behörde durch eine nicht zu verheißende Verfügung unterlag, daß zum Schluß der Feier das Horst-Wessel-Lied gesungen wurde. — Die große, durch die Rede des Gauleiters tief ergriffene Versammlung der Auslandsdeutschen grüßte mit ihrem Sieg Heil um so inniger den Führer und lang mit tiefster Verehrung das Deutschland in Gedanken an ihr großes, wieder zu Ehren gekommenes schönes Vaterland.

Der Gauleiter sprach dann noch in Riktersch in einer deutschen Bergbaugemeinde in der Nähe von Wachen auf vielen Hunderten von Volksgenossen, die aus Holland herübergekommen waren, um im deutschen Grenzlande mit deutschen Brüdern und Schwestern den nationalen Feiertag zu begehen. Auch diese große und schöne Kundgebung wurde ein herrliches Bekenntnis zum Führer und zu Deutschland.

des Weltkrieges und der Friedenskonferenz. Geradezu sensationell wirkt eine von dem Sachverständigen vorgelegte Karte der englischen Zeitschrift „Truth“ aus dem Jahre 1890, die damals bereits die Ergebnisse des Weltkrieges in Bezug auf die territoriale Umgestaltung Europas mit fast minutiöser Genauigkeit darstellt. Auf dem Wege zur Welt Herrschaft der Juden sei die Befestigung der Protokolle ein peinliches Hindernis

nis gewesen und es sei begreiflich, daß nunmehr die Behauptung der Fälschung erhoben wurde.

Der Sachverständige legte im einzelnen dar, daß die Dialoge nur in wenigen Fällen von den Protokollen abweichen, dann aber auch nur in Nebenächlichkeiten. Weiter betonte er, daß zwischen zwei jüdischen Programmen unterschieden werden müsse. Das eine sei in Rußland entstanden und in mehreren Exemplaren in vertrauten Kreisen von Hand zu Hand gegeben worden. Das zweite Dokument aber sei auf Grund von Jolys Dialogen hergestellt und nur dieses sei als die unter dem Namen „Protokolle“ nunmehr zur Verabhandlung stehende Schrift bekannt geworden. Als Kronzeuge führte der Sachverständige den durch seinen Antisemitismus bekannten Juden Trebitsch an, der die Protokolle als unverändert mit altem Geiste und als echt bezeichnet und darauf hingewiesen habe, daß neben den öffentlichen Sitzungen des Zionistenkongresses 1897 in Basel geheime Sitzungen stattgefunden hätten.

Fleishauer begründete weiter im einzelnen seine Behauptung, daß die Protokolle zwar nicht in den öffentlichen Versammlungen des Zionistenkongresses 1897 vorgelesen worden seien, wohl aber auf einer gleichzeitigen Geheimhaltung des jüdischen Ordens Bne-Brih. Die Verbindung dieses Ordens mit den Freimaurern liegt durch die 1913 vorgenommene Veröffentlichung des I. 3. in Ungarn belagerten geheimen Materials klar erwiesen. Die Orden des „Bne Brih“ seien rein jüdisch und politisch. Ihnen gehörten die führenden Zionisten der ganzen Welt an. Sie erstrebten auch die Schaffung einer jüdischen Weltorganisation zur Vertretung der jüdischen Belange beim Völkerbund. Das veröffentlichte Material beweise das vollends. Der Geheimtongreß sei totgeschwiegen worden und damit die Echtheit der Protokolle mit diesem Kongreß. Die Echtheit der Protokolle lasse sich aber aus ihrem Inhalt beweisen, der vollkommen dem jüdischen Geiste entspreche. Der tiefe Grund des Antisemitismus der so alt sei wie die Juden selbst sei Abwehr gegen das Aufsteigen der Juden. Nicht die jüdische Religion sei — und zwar schon von den Römern — angefeindet worden (sondern die Rasse und die sich aus ihr ergebenden Eigenschaften). Der Inhalt der Protokolle werde, wie eine Prüfung der Geschehnisse in der Welt ergebe, überall in die Praxis umgesetzt. Es sei unmöglich, angestrichen dieser Tatsache abzutreten, daß die Protokolle den echten jüdischen Geist wiedergeben.

Fleishauer kennzeichnete dann die Verschiedenheit des christlichen Universalismus und des jüdischen Nationalismus sowie der christlichen Jenseits- und der jüdischen Diesseitsreligion. Nach ihrer Religion seien die Juden berechtigt, sich für das auserwählte Volk zu halten und die anderen Völker aufzuschließen. Die moralische Pflicht der anderen Völker sei es aber, sich zu wehren.

In der Freitagssitzung wandte sich Fleishauer gegen die Behauptung, daß der Antisemitismus ein neues, deutsches Erzeugnis sei. Er wandte sich gegen die Zeugen auslagen der ersten Verhandlung, die den erheblichen Anteil der Juden an der russischen Revolution leugneten und kritisierte die von dem Sachverständigen Rosol erhabene Behauptung, daß die Juden zur Umgestaltung und Durchführung von Revolutionen nicht geeignet seien. Die Juden seien die aktivsten Elemente der russischen Revolution gewesen. Weiter befaßte sich Fleishauer mit der „Internationalen Vereinigung ernster Belforscher“, die überall organisiert und von den Juden benutzt würde, um auf fräulich-religiösem Gebiet die jüdischen Welt Herrschaftspläne zu fördern und das kommende jüdische Reich als gottgewollt hinzustellen. An Hand zahlreicher Zitate wies der Sachverständige nach, daß die Ziele der „Ernten Belforscher“ genau die gleichen seien wie die in den „Protokollen“. Erklärung der bestehenden Staaten und Schaffung eines David-Reiches, das von jüdischen Aristokraten als Statthaltern regiert werden solle. Durch Belege aus jüdischen Zeitungen, so aus der Wiener Morgenzeitung „Morgenpost“, zeigte Fleishauer, daß der augenblickliche Boykott Deutschlands gefordert sei von einer „unparteiischen Konferenz zum Boykott deutscher Waren in der Welt“, die in London unter dem amerikanischen Juden Untermyer getagt habe. Zu derselben Zeit sei von den gleichen Kreisen in New York ein „Rat jüdischer Delegationen“ gebildet worden, der auf den Völkerbund Einfluß im Sinne jüdischer Interessenpolitik nehmen sollte.

Ein Urlaubsfonds.

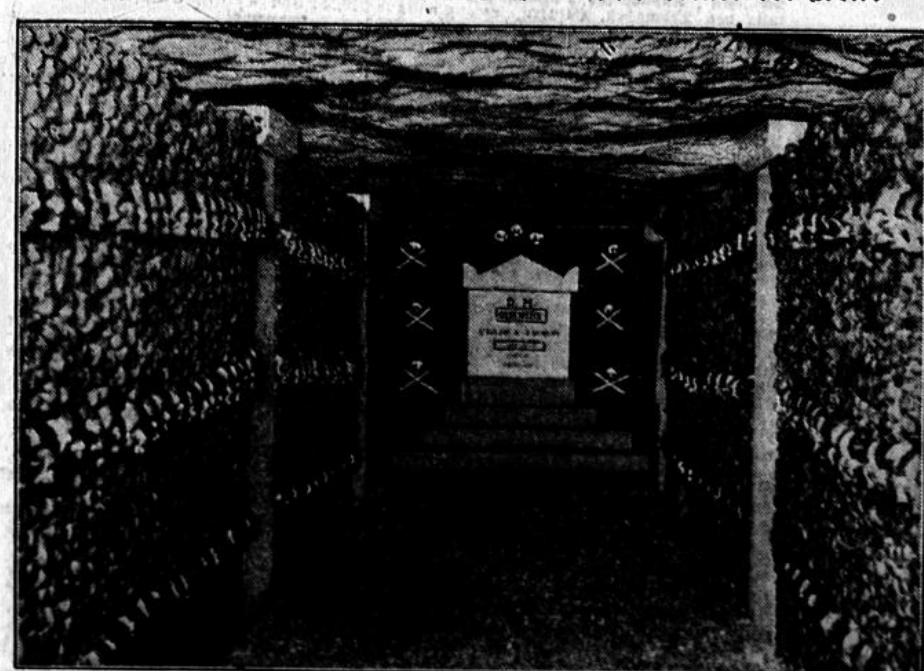
DNB Karlsruhe, 2. Mai.

Der Betriebsführer Fritz Wolf Wolf gab in seiner gestrigen Ansprache gelegentlich der Ablegung des Geschäftsberichtes des Vertrauensrates der Firma F. Wolf u. Sohn bekannt, daß die Firma einen Betrag von 50 000 RM als Urlaubsfonds gestiftet habe mit der Maßgabe, daß 5000 RM hiervon für den Urlaub im laufenden Jahr bestimmt seien.

Die Stadt Louisville in Kentucky sowie mehrere Nachbarstädte wurden von schweren Stürmen heim-
gesucht. Die Straßen sind mit Trümmern bedeckt.
Zahlreiche Stromleitungen wurden zerstört. Bisher werden drei Tote gemeldet.

König Chazi von Irak wurde am Donnerstag ein Sohn und Thronerbe geboren. Der königliche Spruch und seine Mutter, Königin Aliyah, erfreuen sich bester Gesundheit.

Die Katakomben von Paris - der größte Luftkutscheller der Welt?



Dem Pariser Stadtrat wurde der Plan vorgelegt, die Katakomben unter der Millionenstadt zu einem Luftkutscheller auszubauen. Es handelt sich um etwa 50 Meter unter der Erdoberfläche befindliche Steinbrüche, aus denen in den vergangenen Jahrhunderten die Steine für die Kirchen und Schlösser gehauen wurden. Später wurden wagenladungsweise Skelette von aufgelassenen Friedhöfen in die Katakomben geschafft und zum Teil in die Wände eingebaut. Man sieht hier in eine der Höhlen, in denen insgesamt etwa 600 000 Menschen untergebracht werden könnten.

Rocky Mountain Alpine